

Neue Podzer Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Redaktion und Geschäftsstelle

Petrikauer-Straße Nr. 15.

Telephon Nr. 283.

Interate Lokale: Gehaltene Nonpareils oder deren Raum 40 Mt. Stellengeld 30 Mt. Ausland 3 Mt. deutsche Währung. Ausland u. Interate im Text ob. auf der 1. Seite (bopp. so breit) 180 Mt. Ausland 12 Mt. (deutsche) Raum der Nonpareils. Einzel. 200 Mt. p. Korrespondenz. Bei Konflikt Schlichtung u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Interate werden nach Maßgabe der Platzierung, es können aber besondere Abmachungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dahingehenden Reklamationen. — Interatenannahme durch alle Annoncen-Büros.

Nr. 311.

Freitag, den 11. November 1921.

20. Jahrgang.

Wichtig für in Warschau Eintreffende!

„Central-Badeanstalt“

Warschau, Krakauer-Vorstadt Nr. 16/18.

Römische Bäder

Warschau, Krakauer Vorstadt Nr. 58 (b. d. Młokiewicza)

Geöffnet die ganze Nacht

von 10 1/2 Uhr abends bis 7 Uhr früh, Sonntags- und Feiertags nicht ausgeschlossen, nur für Männer.

Die Angst vor Deutschland.

Ueber die Annäherung wirtschaftlicher Beziehungen Polens zu Deutschland veröffentlicht der „Kurjer Powszeczny“ folgenden Aufsatz, der zwar kein Dokument maßgebender Kreise darstellt, immerhin aber den Beweis liefert, daß die wirtschaftliche Annäherung Polens und Deutschlands auf Stürme stößt, die der polnische Währungsstand entfacht:

„Es geht um eine enge und dauernde Annäherung von Beziehungen zu dem deutschen Kapital und der deutschen Industrie. Und hier muß man sich erstens das gewaltige wirtschaftliche Übergewicht Deutschlands vor Augen stellen, das in Kürze zu einer Beherrschung unserer Industrie führen muß, und zweitens das unbedingt feindliche Verhältnis der deutschen zur polnischen Industrie, die in ihrer Beziehung zu England — und darum geht es hier gerade — Konkurrenten sind und bleiben. So könnten auch die börsennotierten Aktien von England, wie die Deutschen mit großer Raffinesse während der Besetzung der Maschinen- und Fabrik-einrichtungen in Vorkriegszeiten haben. Heute würde das Eindringen des deutschen Kapitals wahrscheinlich auf andere Weise demselben Ziel zustreben. Wir haben nicht die Absicht, uns den Verpflichtungen zu entziehen, die uns in der oberschlesischen Angelegenheit durch den Versailler Vertrag im 90. Artikel auferlegt werden. Dieser folgt dafür, daß die wirtschaftlichen Folgen der Teilung erfüllt sind, und die englische Politik, die angeblich in der letzten Völkerversammlung den Sieg davontrug, bekräftigt geradezu die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit Oberschlesiens für lange Zeit.“

Es ist aber doch klar, daß die polnische Politik auf eine mögliche Beherrschung auch der wirtschaftlichen Teilung hinzielt, um so unendliche Erschütterungen zu vermeiden, auf daß in dem und zuerkannten Industriegebiet so bald als möglich die wirtschaftliche Einheit mit dem übrigen Polen hergestellt wird. Die Reichümer, welche uns auf diese Weise zufallen, müßten zur Unabhängigkeit von dem deutschen wirtschaftlichen Druck und zur Bildung einer selbständigen polnischen Industrie führen. Auf diese Weise kann der deutsche Kapitalismus, der uns heute noch bedrängt, sich als Geliebter erweisen. Die Industrie Kongresspolens, und hauptsächlich die Kohleindustrie, hat doch in Friedenszeiten für die Ausfuhr nach England gearbeitet. Die heutige produktive Industrie Polens ist nur eine Übergangsindustrie, und man sieht schon eine Verbesserung. (?) Die wirtschaftliche Politik Polens, das heute durch einen Teil Oberschlesiens gestärkt ist, müßte nach Unabhängigkeit von Deutschland streben und nach Möglichkeit sogar danach, die Stelle der deutschen Industrie in England gegenüber einzunehmen. Erst dann werden wir dem deutschen Druck im Osten eine Schwärze setzen. Nur die vollkommene Unabhängigkeit von Deutschland und die Überwindung seiner Stellung in den wirtschaftlichen Beziehungen zu England wird uns gegen die Bestrebungen Englands, sich mit Deutschland zu verbinden, sichern. Eine solche Politik wird eine möglichst enge Verbindung Schlesiens mit Polen ermöglichen. Hieran sollten unsere Vertreter während der Verhandlungen über die wirtschaftlichen Probleme des geteilten Abteilungsgebietes denken.

In der letzten Zeit machten sich in Polen wieder Bestrebungen geltend, deren Lösung der Abschluß eines wirtschaftlichen Vertrages mit Deutschland ist. Sie betonen, daß Polen ohne Verbindung mit Deutschland zu wirtschaftlicher Beherrschung verurteilt ist, wenn es von der Fülle deutscher Waren abgeschnitten bleibt, und daß der polnische Handel und die polnische Industrie, sofern sie eine Vermittlung zwischen Deutschland und England ablehnen, ihre wirtschaftliche Aufgabe nicht erfüllen und durch den von Deutschland angewandten Boykott einem Untergang entgegengehen.

Der Verdichtung wird eingeredet, daß man um jeden Preis zur Beseitigung der Barriere an der polnisch-deutschen Grenze schreiten müsse; dies soll Polen großen Nutzen bringen, die Kräftigung der Währung, die angeblich ohne Beziehungen zu Deutschland für die Dauer nicht steigen kann, weiter eine Belebung und Verjüngung des Handelslebens und zugleich eine Befreiung der notwendigsten Bedürfnisse unseres Handelsmarktes bewirken.

Die Verjüngung der wirtschaftlichen Barriere trifft, wie bekannt, auf Schwierigkeiten nicht von Seiten Polens, sondern von Seiten Deutschlands.

Deutschland hat vom Augenblick der Entstehung des polnischen Staates den Boykott angewandt und

die Grenzen für festliche Ausfuhr streng geschlossen. Deutschland hat sogar trotz der Proteste, die die polnische Regierung vor dem Forum der Koalition einlegte, diesen Boykott weiter angesetzt erhalten, und heute droht die deutsche Presse im Angesicht der Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage nach mit einer Verschärfung des bisherigen Zustandes.

In allem zeigt sich die Methode der Einschüchterung. Sie hat sich mit der Arbeit gewisser Kreise in Polen verbunden und rechnet einerseits mit dem Gehaltssinn verschiedener Personen und andererseits mit der Psychologie der Unmündigkeit, die heute noch in den Hirnen eines zum Glück geringen Bevölkerungsanteils haftet. Diese Methoden sehen nicht, daß eine solche deutsche Politik sich entgegenstehend gegen ihre eigenen Urheber wendet. Die kleinen Unbeherrschbarkeiten sind für sie die Ursache eines ständigen Ängsts, die bewirkt, daß der davon Ergreifene sich um jeden Preis an dem deutschen Joch festzuhalten wünscht. Die wirtschaftliche Zukunft Polens kann etwas vollkommen anderes sein, als nur eine Brücke für Aufgaben der deutschen Industrie. Die an einer solchen Lösung der Frage interessierten Menschen bemühen sich gegenwärtig, die Wirtschaftsgemeinschaft mit Deutschland aufzuheben, die sich aus der Teilung Oberschlesiens ergibt. Als so sagten sie, hier ist endlich das Tor, das die deutsche Barriere durchbrechen wird. Daher sind sie sogar zu politischer Nachgiebigkeit bereit, nur um sich auf die wirtschaftliche Hilfe Deutschlands zu stützen.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Bildung eines rationalen Übergangszustandes sich von selbst versteht. Man kann nicht mit Gewalt Verbindungen zerschneiden, auf denen der wirtschaftliche Aufbau ruht, bevor man neue Verbindungen aufbaut. Daraus kommt es an, daß man dies versteht und gelobt danach hinhaltet. Die Arbeit der internationalen Finanzkreise, wie in Polen so auch in Deutschland, hat aber dieses Ziel nicht im Auge.

Aus Oberschlesien.

Berlin, 10. November. (Pat.) Staatssekretär Dr. Ermold und Unterstaatssekretär Goppert ließen in den nächsten Tagen in Dresden ein, von wo aus sie sich nach Oberschlesien begeben, um mit den Vertretern der Arbeiter und Bauern sowie den Staats- und Kommunalbehörden über die durch die Grenzentscheidung entstehenden wirtschaftlichen Fragen zu konferieren. Sie werden ebenfalls die Wünsche der Bevölkerung aus dem Abstammungsgebiet wie auch aus dem übrigen Teile Oberschlesiens zur Kenntnis nehmen.

Vor den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 10. November. (Pat.) Gestern und im morgigen Tage eine Sitzung des Unterstaatssekretärs für Zollfragen statt. Diese soll die Vorbereitungen für die deutsch-polnischen Verhandlungen in der oberschlesischen Frage erleichtern. Den Vorsitz führte Ministerialdirektor Dr. Stadthamer. Zugewiesen war auch der deutsche Gesandte Dr. Schiffer und sein Stellvertreter Dr. Ermold. Außer den Zollfragen wurde auch die Ein- und Ausfuhrfrage in Verbindung mit der Grenzentscheidung besprochen.

Englischer Kredit für Polen.

London, 10. November. Das Unterhaus hat den Regierungsentwurf über die Gewährung eines Kredits von 2 Millionen Pfund Sterling an Polen bestätigt. Die englische Handelskammer ordert ihre Mitglieder auf, englische Waren nach Polen zu exportieren.

Briands Botschaft an das amerikanische Volk.

Washington, 9. November. (Pat.) Gavas, in der an das amerikanische Volk gerichteten Botschaft, wendet sich Briand vor allen Dingen an die jungen amerikanischen Soldaten, die nach Frankreich gekommen waren, um ihr Blut gemeinsam mit dem Blut der französischen Soldaten zu vergießen. Ihre Andenken ist allen Franzosen teuer. Frankreich wird niemals der Völker vergessen, die zur Rettung seiner Unabhängigkeit und zur Verteidigung der Freiheit der Welt geeit sind.

Briand kam dann auf die Teilnahme Frankreichs an der Washingtoner Konferenz zu sprechen. Trotz der Schwierigkeiten, sagte Briand, in welchen sich gegenwärtig mein Land befindet, bin ich herbeigeeilt, um vor allen Dingen die Schuld der Dankbarkeit abzugeben und hierauf, um zu dokumentieren, daß die Frage des Friedens dem französischen Volk am Herzen liegt. Wie haben den Krieg zu schmerzhaft empfunden, um den Frieden nicht von ganzer Seele herbeizujagen. Auf dem Punkt des Präsidenten Harding erfolgte selbsterhellendes

melnes Landes eine sofortige Antwort. Jetzt bin ich nun gekommen, um den guten Willen Frankreichs zu manifestieren und den euerntesten neuen Konflikten vorzubeugen, unter der Bedingung, daß die Sicherheit Frankreichs garantiert wird. Frankreich, das im Kriege die größten Opferungen gemacht hat, schreitet zu den Washingtoner Verhandlungen mit dem festen Willen, den Frieden zu erhalten. Zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten bestehen keine Mißverständnisse. Die Welt braucht aber nicht nur beruhigende Worte, sondern auch reale Taten. Ich hoffe, daß die Washingtoner Konferenz den Völkern einen neuen Beweis ebringen wird, daß Frankreich und Amerika, vereint auf dem Schlachtfeld, fernerhin ihre bisherige mächtige Rolle für die Welt spielen werden.

Die Völkerversammlung.

Paris, 10. November. (Pat.) Die Völkerversammlung beschloß Österreich anzufordern, in Kürze das Protokoll von Venedig zu ratifizieren. Zur Kenntnis genommen wurde die Meldung der ungarischen Regierung, die sich verpflichtet, die A. u. L. R. des Habsburgers auf den Thron vererbende Entscheidung der Konferenz auszuführen.

Es wurde ferner ein Beschluß gefaßt, der die Grenzen Albaniens festlegt. Die Regierungen von Albanien, Griechenland, Jugoslawien und der Völkerbund erhielten eine Resolution dieser Entscheidung.

Paris, 10. November. (Pat.) Die Völkerversammlung hat die von Ungarn abgegebene Erklärung als die verbindlichen Wähler bekräftigend angenommen.

Paris, 10. November. (Pat.) Die von der Völkerversammlung festgesetzte Grenze Albaniens weicht nur unbedeutend von der im Jahre 1914 festgelegten ab. Die Entscheidung der Völkerversammlung erkennt die albanische Regierung in Tirana an.

Verdeau, 10. November. (Pat.) Die erste Begegnung des Präsidenten Harding mit Briand und den Mitgliedern der französischen Delegation war äußerst herzlich.

London, 10. November. (Pat.) Der Verband der größten Londoner Blätter hat beschlossen, während der Konferenz alle 8 Stunden Extrablätter herauszugeben. Die Nachrichten von der Konferenz werden mit einem besonderen Kabel eintreffen.

London, 10. November. (Pat.) Reuters meldet aus Schanghai, daß die chinesischen Politiker den Ergebnissen der Konferenz sehr befriedigt entgegenzusehen. Nach Ansicht der Chinesen werden die Japaner auf keinen Fall auf ihre Expansionspolitik an der ostasiatischen Küste verzichten. Bei einer für Japan ungünstigen Entscheidung wird die japanische Militärpartei, die sehr stark ist, nicht zögern, die Kooperationswünsche vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Lloyd George über die Washingtoner Konferenz.

London, 10. November. (Pat.) Lloyd George richtete an Hughes ein Schreiben, in dem er sein Bedauern darüber zum Ausdruck bringt, daß es ihm nicht möglich sei, an der Eröffnung der Washingtoner Konferenz teilzunehmen, und zwar mit Rücksicht auf die irisch-englischen Verhandlungen und die Arbeitslosigkeit. Er drückt jedoch die Hoffnung aus, daß er in Washington werde eintreffen können, ehe die Verhandlungen der Konferenz in ein entscheidendes Stadium eintreten werden.

London, 10. November. (Pat.) Lloyd George erklärte auf einem Bankett in Guildhall bei Gelegenheit der Einführung des neuen Kommandors, die Entwaffnung sei der einzige Weg, der zur Sicherheit der Staaten führe, und sagte hinzu, die Zukunft der Zivilisation hänge von den Ergebnissen der Washingtoner Konferenz ab.

Bei Besprechung der irischen Frage sagte Lloyd George, wenn die Konferenz in der irischen Frage zu keiner friedlichen Lösung der Angelegenheit führen werde, dann werde England schwere Lasten tragen müssen.

Die deutsche Regierung protestiert gegen die Enteignung der Ansiedler.

Berlin, 7. November. Der deutsche Völkerversammlung in Paris hat der Völkerversammlung folgende Note überreicht:

Das polnische Ansiedlungsamt in Posen hat am 19. Oktober etwa 1000 deutschstämmigen Ansiedler, die in den von Deutschland an Polen abgetretenen Landesteilen ansässig sind, amtlich mitgeteilt, daß der polnische Staat nach dem polnischen Gesetz vom 14. Juli 1920 als Eigentümer dieser Ansiedlungen eingetragene ist. Die Ansiedler haben bis zum 1. Dezember ihre Grundstücke zu räumen, widrigenfalls wird ihnen die Enteignungsbefugnis angedroht.

Es handelt sich bei diesen Ansiedlern größtenteils um solche, die nach dem 11. November 1918

angesiedelt sind, zum Teil auch am Ansiedler, die zwar schon früher, in vielen Fällen auch während früher angesiedelt sind, aber bis zum 11. November 1918 die Ansiedlung nicht erhalten haben. Der polnische Staat stützt sich bei seinem Vorgehen auf das Gesetz vom 14. Juli 1920, welches vorschreibt, daß Veräußerungen und Veränderungen an Grundstücken und dergleichen Rechten, die nach dem 11. November 1918 vom polnischen Staat zugunsten Dritter vorgenommen sind, ungültig seien. Diese Vorschrift entbehrt jeder Rechtsgrundlage. Einmal ist es ein allgemein anerkannter völkerrechtlicher Grundsatz, daß bei Gebietsabtretungen der Erwerbsstaat sich jedes rückwirkende Eingreifen in die bis dahin rechtmäßig begründeten Privat-Rechtsverhältnisse enthält. Die Souveränität über das abgetretene Gebiet ging aber erst mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages an Polen über. Wenn der Friedensvertrag in Artikel 51 für die Gebietsabtretungen die Bestimmungen enthält, daß die Souveränität nicht bereits mit dem 11. November 1918 an Frankreich übergeht, so handelt es sich hier um eine Ausnahmebestimmung zugunsten Frankreichs. Polen hat durch den Friedensvertrag keine Handhabe erhalten, für sich aus dem Datum des 11. November irgendwelche Rechte herzuleiten.

Auch auf die Bestimmungen des Waffenstillstandesvertrages kann sich die polnische Regierung nicht berufen, weil die deutsche Regierung durch ihn nicht gebindert wurde, Privatrechtsverhältnisse vorzunehmen, denn der Waffenstillstand bezweckte nicht, einer Veränderung, sondern einer Verminderung des deutschen Staatsgebietes vorzubeugen. Entgegen so das Vorgehen gegen die erwähnten Ansiedler jeder Rechtsgrundlage, so daß die deutsche Regierung eben die Aufmerksamkeit der Völkerversammlung auf die beispiellose Härte lenken, die darin liegt, Tausende deutscher Familien zu zwingen, innerhalb sechs Wochen Haus und Hof zu verlassen. Wo und wie für diese Familien in so kurzer Frist bei den schlechten Wohnungsverhältnissen und Unterbringungsverhältnissen, die in Polen ebenso wie in Deutschland bestehen und deshalb der polnischen Regierung genau bekannt sind, Unterkunft geschaffen werden soll, ist einwilligen gar nicht abzugeben. Daß die vertriebenen Familien außerdem eine schwere Einbuße an ihrem Privateigentum zu befürchten haben, ist nach den Maßnahmen, die die polnische Regierung gegen das Privateigentum der Domänenpächter getroffen hat und die einer einfachen Wegnahme von Privateigentum gleichkommen, leider anzunehmen.

Die deutsche Regierung legt gegen dieses unerbittlich grausame, jeder Rechtsgrundlage entbehrende Vorgehen der polnischen Regierung den schärfsten Einspruch ein und bittet die Völkerversammlung dringend, bei der polnischen Regierung darauf hinzuwirken, daß sie von dieser Maßnahme absteht.

Der Jahresbericht der deutschen Revolution.

Berlin, 10. November. (Pat.) Gestern, als am Jahrestage der deutschen Revolution, fanden große Volksversammlungen statt, die von der sozialistischen und unabhängigen Sozialistenpartei veranstaltet worden waren.

Die Wiedergutmachungskommission in Berlin.

Berlin, 10. November. (Pat.) Die gestern in Berlin eingetroffene Wiedergutmachungskommission wird ihre Arbeiten erst am Sonnabend beginnen, da sie vorher den Bericht der Berliner Vertreter der Garantiekommision kennen lernen will. Die Wiedergutmachungskommission wird sich bei den Berliner Verhandlungen vor allem dieser Berichte bedienen.

Berlin, 10. November. (Pat.) Hier ist eine Kommission der verbundenen Mächte für Entschädigungsfragen eingetroffen, um die Wirtschaftslage Deutschlands zu untersuchen.

Montenegro will selbständig werden.

Rom, 10. November. (Pat.) Die Blätter berichten, daß die Montenegriner den serbisch-albanischen Konflikt anerkennen und gegen Jugoslawien vorgehen. Ein montenegrinisches Bataillon soll den Bosnischen Berg, einen sehr wichtigen strategischen Punkt, besetzt haben.

Der serbisch-albanische Krieg.

Paris, 10. November. (Pat.) Die „Paris-Presse“ berichtet, daß die Völkerversammlung bei der jugoslawischen Regierung Schritte unternehmen, um sie zur Beseitigung ihrer Truppen aus dem albanischen Distrikt zu bewegen.

